

Mittelschule – Schulverbünde – Dialogforen

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Den Hauptschulen - jetzt auch verstärkt im ländlichen Raum – laufen die Schüler davon. Die Übertrittsquoten steigen immer noch an, vor allem der Run auf das Gymnasium ist ungebrochen. Das Streben nach einem bestmöglichen Schulabschluss ist verständlich und den Eltern nicht vorzuwerfen. In einem gegliederten Schulsystem, wie wir es in Bayern in extrem ausgeprägter Weise haben, wird man zunächst immer nach dem höchsten Abschluss streben, auch wenn viele Eltern für ihre Kinder nicht in erster Linie ein späteres Studium bei ihrer Entscheidung nach der Grundschule im Visier haben. Für viele Eltern ist das Anstreben des Abiturs normal, weil sie selbst das Gymnasium auch erfolgreich durchlaufen haben. Für immer mehr Eltern ist das Erreichen des Abiturs in erster Linie verbunden mit sozialem Aufstieg. Gelingt der „Königsweg“ nicht, wird in jedem Fall die zweite Säule im bayerischen Schulsystem angestrebt, die Realschule, dies auch deshalb, weil die Signale aus Wirtschaft und Gesellschaft deutlich sind, eine echte Chance im späteren Leben sei nur mit mindestens der mittleren Reife gegeben. Kein Wunder, dass die Eltern in ihrem Entscheidungsprozess die dritte Säule, die Hauptschule, in überwiegender Zahl überhaupt nicht mehr als gangbare Alternative wahrnehmen, obwohl gerade in der Hauptschule beste Arbeit für die verbleibenden Schüler gemacht und auch ein ansprechender Teil zum mittleren Schulabschluss geführt wird. Mittlerer Schulabschluss der Hauptschule ist nicht die bekannte mittlere Reife der Realschule, deshalb strebt man nach dem Original, koste es, was es wolle. Keine Nachhilfestunde ist zu teuer, ja man versucht sogar, auf Lehrkräfte der Grundschule wegen Zehntelnoten in einer Probe einzuwirken, um doch noch mindestens den Sprung auf die Realschule zu schaffen. Der Übertrittsdruck auf Lehrkräfte, Schüler, aber auch Eltern wird immer größer, die Staatsregierung reagiert wieder einmal

BayernSPD Landtagsfraktion



falsch, sie erleichtert die Zulassungsbedingungen und gibt dem Druck nach, statt das Gesamtsystem auf den Prüfstand zu stellen.

Nun steht die Staatsregierung vor einem Scherbenhaufen, die Hauptschulen stehen ohne Schüler da, seit Beginn des Schulversuchs R6 1991/92 wurden laut Angaben des BLLV 705 Hauptschulen geschlossen (43%). Allein in den letzten 9 Jahren seit Beginn der Einführung der R6 wurden 625 Hauptschulen, davon 540 Teilhauptschulen und 85 Hauptschulen, geschlossen. Nun sind aktuell 300 weitere Hauptschulen aufgrund ihrer Einzigigkeit akut bedroht. Vor diesem Hintergrund begann der ehemalige Kultusminister Siegfried Schneider im Mai 2007 die Hauptschulinitiative mit dem Ziel, die dritte Säule noch einmal deutlich aufzuwerten. Er blieb mit seinen Ideen, die nicht alle falsch waren und auch durchaus die Situation in den Hauptschulen hätten verbessern können, auf halber Strecke stehen, auch deshalb, weil er einsehen musste, dass sich an der grundsätzlichen Entwicklung dadurch nichts ändern ließ. Der aktuelle Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle glaubt nun, mit Einführung der Mittelschule, also der Neuetikettierung einer Schulart, und der Idee der Schulverbünde die Hauptschulen und vor allem ihre Standorte im ländlichen Raum retten zu können.

Martin Güll, MdL

Mitglied des Ausschusses für Bildung, Jugend
und Sport im Bayerischen Landtag

27. Oktober 2009

Welche Ziele will die Staatsregierung erreichen? Wie ist der Weg der „Rettungsaktion“ für die Hauptschulen und wie ist diese Initiative zu bewerten? Das Kultusministerium hat auf seiner Webseite dazu 18 Fragen gestellt und diese recht aufschlussreich beantwortet. Beigestellt haben wir die Bewertung der SPD-Landtagsfraktion:

Fragestellung des KM	Standpunkt Kultusministerium	Standpunkt SPD-Fraktion
<p>1. Wozu brauchen wir die Reform? Welche Ziele sind damit verbunden?</p>	<p>Die Hauptschule steht vor großen strukturellen Herausforderungen. Rund 300 der 980 Hauptschulen in Bayern sind einzügig. Davon sind viele schon aufgrund der demographischen Entwicklungen in den nächsten Jahren in ihrem Bestand gefährdet.</p> <p>Gleichzeitig können viele der kleinen Hauptschulen nur ein begrenztes Bildungsangebot bereitstellen (kein Ganztagsangebot; kein Angebot, das zum mittleren Schulabschluss führt; keine Differenzierung).</p> <p>Ziel der Reform ist der Erhalt eines wohnortnahen, differenzierten und gerechten Bildungsangebotes von hoher Qualität:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allen Schülern soll flächendeckend der Zugang zum gesamten Bildungsangebot der Mittelschule eröffnet werden (Ganztagsangebot; Angebot, das zum mittleren Schulabschluss führt; differenzierte Förderung bereits ab der Jahrgangsstufe 5). • Gleichzeitig sollen möglichst viele Hauptschulstandorte möglichst lange erhalten werden. 	<p>Die Gefährdung der Hauptschulstandorte ist so richtig beschrieben.</p> <p>Richtig ist, dass das derzeitige Bildungsangebot der Schulart Hauptschule als begrenzt anzusehen ist und deshalb auch bei den Eltern nicht mehr nachgefragt wird. Es fehlt als grundlegendes Element die Möglichkeit, eine echte mittlere Reife machen zu können. Die Hauptschule egal in welcher Größe wird deshalb nicht mehr als akzeptables Bildungsangebot im Entscheidungsprozess des Übertrittsverfahrens angenommen. Auch deshalb laufen ihr die Schüler davon.</p> <p>Ziel jeglicher Reform der wohnortnahen Schule muss es sein, das Bildungsangebot so weiterzuentwickeln, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Schüler dieser Schule einen echten Mehrwert haben und 2. dieses Angebot so attraktiv ist, dass für den Besuch dieser Schule Eltern und Schüler zurückgewonnen werden können. <p>Konkret muss die Schule am Ort durch ein differenziertes Angebot nach der zehnten Klasse die mittlere Reife bis hin zum Überstieg an die Oberstufe ermöglichen, wenn es im Vergleich zur Realschule und ggf. auch dem Gymnasium bestehen können soll. Dieses Ziel ist nur mit einem integrativen Schulangebot möglich, das nach dem Prinzip der individuellen Förderung arbeitet und das entsprechende Fachangebot in leistungsdifferenzierten Fachmodulen anbietet. Damit lassen sich aber auch Schulstandorte ab 100 Schüler erhalten.</p>

<p>2. Hat die Mittelschule ein eigenes Profil?</p>	<p>Das Kernprofil und Alleinstellungsmerkmal der Mittelschule ist die Berufsorientierung.</p> <p>Die bayerische Wirtschaft und gerade das bayerische Handwerk erkennen diese Leistungsstärke der Hauptschule an und fordern gerade im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel nachdrücklich ein gezieltes berufsorientiertes Bildungsangebot.</p>	<p>Das Kernprofil „Berufsorientierung“ ist aner kennenswert, überzeugt aber Eltern nicht, diese Schulart bewusst zu wählen. Eine ausgeprägte Berufsorientierung erwarten Eltern in allen Schulangeboten, die zur mittleren Reife führen, da viele Schüler im Anschluss zunächst in eine Berufsausbildung wechseln. Das einzige schlagkräftige Argument für Eltern bei der Schulwahl nach der Grundschule ist: Bietet die gewählte Schule die Möglichkeit, eine „echte“ mittlere Reife machen zu können. Die Konzeption der Mittelschule wird von den Eltern deshalb in ihrer großen Mehrheit abgelehnt werden, weil sie den angebotenen Abschluss als mittleren Schulabschluss der Hauptschule ansehen werden.</p> <p>Richtig ist, dass auch die bayerische Wirtschaft ausbildungsfähige Schüler fordert, egal welches Schulangebot sie durchlaufen haben. Schon jetzt nehmen selbst Handwerksbetriebe lieber Schüler mit Realschulabschluss und 10 Schuljahren, wenn sie welche bekommen können. Das praktische Profil der Hauptschule ist für die Wirtschaft kein überzeugendes Profil, es ist allenfalls nicht schädlich für einen erfolgreichen Berufseinstieg.</p>
<p>3. Gibt es nun ein viergliedriges Schulsystem?</p>	<p>Nein. Die Mittelschule ist eine inhaltliche Weiterentwicklung der Hauptschule, keine neue Schulart.</p>	<p>Natürlich gibt es in der Wahrnehmung der Eltern eine vierte Schulart, solange Mittelschule und Hauptschule nebeneinander stehen. Dies wird auch so bleiben, solange es im Belieben der Kommunen ist, wie schnell und ob sie sich überhaupt zu einer Mittelschule weiterentwickeln wollen. Diese Übergangszeit ist in den Beratungsgesprächen nicht kommunizierbar und wird den wohnortnahen Schulstandorten noch schneller die Schüler entziehen.</p>
<p>4. Ist der neue Name nicht „Etikettenschwindel“?</p>	<p>Nein. Nur die Schule, die alleine oder gemeinsam im Verbund die folgenden Merkmale aufweist, darf sich - als äußeres Zeichen dieses breiten Bildungsangebotes - „Mittelschule“ nennen:</p>	<p>Für Hauptschulen mit entsprechendem Angebot (Mittlere-Reife-Züge, Ganztagsangebot, Angebote der vertieften Berufsorientierung, vorhandene Netzwerke zur heimischen Wirtschaft und eine ausgeprägte innere Differenzierung, jetzt Module genannt) bleibt alles beim Alten. Sie wechseln wirklich nur das Türschild aus und könnten sich morgen Mittelschule nennen.</p> <p>Zu den einzelnen Merkmalen:</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • modulare Förderung aller Schüler in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch bereits ab Jahrgangsstufe 5 im Klassenverband; • Angebot eines mittleren Schulabschlusses auf dem Niveau von Wirtschafts- und Realschule; • verstärkte Berufsorientierung als Alleinstellungsmerkmal der Mittelschule; drei berufsorientierende Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales; • systematisierte Kooperation mit Berufsschulen, Betrieben und den Arbeitsagenturen; Unterstützung dabei durch SCHULEWIRTSCHAFTS-Experten; • Betonung der sozialen Kompetenz durch das Klassenlehrerprinzip, den Einsatz von Förderlehrern und Sozialpädagogen sowie durch Ganztagsangebote. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die ab der 5. Jahrgangsstufe angesprochene „modulare Förderung“ verdient das hochtrabende Wort nicht, weil dafür nicht ausreichend Lehrerstunden vorgesehen sind. Eine zusätzliche Förderstunde im Klassenverband kann allenfalls kleine Defizite beheben; Schüler auf einen mittleren Schulabschluss grundlegend vorbereiten, ist damit nicht möglich. • Schon jetzt gibt es in vielen Landkreisen größte Probleme, den M-Klassen ausreichend geeignete Schüler zuzuführen, noch größere Probleme gibt es vermehrt, in diesen M-Klassen auch nur annähernd Realschulniveau zu erreichen (und wenn dann oft nur durch die Rückläufer aus GY und RS). Für leistungsstarke Schüler kann das Niveau der mittleren Reife, des Realschulabschlusses also, alleine durch einen auf individueller Förderung aufgebauten modularisierten Unterricht erreicht werden, wie ihn die SPD-Landtagsfraktion vorschlägt. • Solange sich am Inhalt dieser praktischen Zweige nichts grundlegend ändert und echte berufsvorbereitende Elemente (handwerkliches Arbeiten mit externen Fachleuten, Anbindung an soziale Einrichtungen, Übungsfirmen im kaufmännischen Bereich etc.) eingeführt werden, sind diese berufsorientierenden Zweige kein Alleinstellungsmerkmal (jeder Realschüler hat mehr Computerkenntnisse, kaufmännische und hauswirtschaftlich-soziale Kenntnisse, wenn er die entsprechenden Zweige wählt). • Dies kann jedes andere Schulangebot genauso leisten, wenn es ein entsprechendes Profil entwirft. • Klassenlehrerprinzip hat einen hohen Stellenwert und ist nur im Vergleich zum Fachlehrersystem der Realschule und des Gymnasiums herausragend. Diese Effekte lassen sich beispielsweise in jahrgangsgemischten Klassen oder Gruppen erzeugen. Schüler können auch dort intensiv begleitet werden. Förderlehrer und Sozialpädagogen in ausreichender Zahl sind auch heute reines Wunschdenken,
--	--	--

		bisher profitiert davon nur ein kleiner Teil der Hauptschulen. Unbestritten ist der Wert der Ganztagsangebote, aber auch nur in der gebundenen Form. Und dies lässt sich in allen Schulformen verwirklichen und ist kein Alleinstellungsmerkmal der Hauptschule.
5. Wozu brauchen wir Schulverbünde? Ist das Konzept der Mittelschule/Schulverbünde nicht nur für Ballungszentren geeignet und vernachlässigt den ländlichen Raum?	Kleine Schulen, die die Bildungsangebote der Mittelschule nicht allein bereitstellen können, erhalten die Möglichkeit, in Zukunft in eigenverantworteten Schulverbänden zusammenzuarbeiten, um diese Bildungsangebote gemeinsam im Verbund anbieten zu können und sich so zu Mittelschulen weiterzuentwickeln. Es handelt sich damit um ein Konzept gerade für den ländlichen Raum, da sich die kleinen Hauptschulstandorte vor allem im ländlichen Raum befinden.	Schulverbünde werden nur benötigt, wenn man von den starren Schulstrukturen nicht abweichen will und Schüler grundsätzlich in Jahrgänge und Klassen einteilen will. Es gibt mittlerweile hervorragende Konzepte für jahrgangsgemischte Schulformen, die längst ihren Praxistest bestanden haben. Gerade wenn man ein Konzept für den ländlichen Raum entwickeln will, muss man die gängigen Strukturen verlassen. Worin sollen die Vorteile von Schulverbänden liegen? Schulverbünde kommen immer dann zum Tragen, wenn ich Klassen zusammenlegen und Ressourcen besser ausnützen muss, also Geld und Lehrer einsparen will. Es ist gänzlich unmöglich, dass drei Standorte in einem Schulverbund gleichwertig bedient werden können. Dazu bräuchte man deutlich mehr Lehrerstunden, die man ja gerade einsparen will. Also wird es einerseits Verlierer bei den Standorten geben, andererseits Schüler, die zwischen den Standorten hin- und hergefahren werden müssen.
6. Ist das Konzept der Mittelschule nicht ohnehin nur für große Hauptschulen geeignet und der Tod der kleinen Hauptschulen?	Nein. Im Verbund haben gerade auch kleinere Hauptschulen Zukunft: Die Verbünde bieten den Schülern auch an diesen Schulen zum einen den Zugang zum gesamten Bildungsangebot der Mittelschule. Gleichzeitig sichern sie aber auch den Bestand kleiner Schulen, solange an diesen noch eine Klasse gebildet werden kann. Ohne den Verbund müssen die kleinen Schulen schon dann aufgelöst werden, wenn deren Einzügigkeit nicht mehr gewährleistet werden kann	Allenfalls für große Hauptschulen ist das Mittelschulkonzept vorstellbar, weil es dort ohnehin schon in den Grundzügen umgesetzt ist. Für kleinere Schulstandorte bringt es keinen Vorteil, weil die Schüler dieser Standorte für die wirklich attraktiven Angebote trotzdem zum größeren Standort fahren müssen. Oft wird der Bus sogar durch einen Standort mit einer Realschule durchfahren müssen, sodass für Eltern keine Attraktivität erkennbar ist. Ungelöst ist auch die Frage, ob Schüler stundenweise einen anderen Standort besuchen oder komplett umgesiedelt werden. Das wirklich Attraktive, die Möglichkeit der mittleren Reife anbieten zu können, wird wieder nur der größere Standort gewährleisten können.
7. Wird die Mittelschule durch die neuen Übertrittsbedingungen gefährdet?	Nein. Der in den nächsten Jahren prognostizierte Schülerrückgang an der Hauptschule ist überwiegend demographisch bedingt. Die neuen Übertrittsbedingungen spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Unabhängig davon erfordern auch die für die Hauptschule in	Das ist der grundsätzliche Konzeptionsfehler: Die Mittelschule zielt überhaupt nicht darauf, die Attraktivität der wohnortnahen Schule so zu steigern, dass die Eltern dieses neue Schulangebot in den Blick nehmen und sich dafür freiwillig entscheiden. Das spricht nicht unbedingt für das Zutrauen in das eigene Produkt. Wohnortnahe Schulen sind nur dann nachhaltig aufrecht zu

	zehn Jahren prognostizierten Schülerzahlen von 180.000 Schülern ein passgenaues berufsorientiertes Bildungsangebot: die Mittelschule.	erhalten, wenn mittelfristig auch für weiterführende Schularten geeignete Schüler daran Gefallen finden und sich Eltern mit ihren Kindern bewusst dafür entscheiden. Nur wenn das Schulangebot in den Augen der Eltern gleichwertig und vergleichbar ist, kann man das unsägliche Übertrittsverfahren, das allein auf einem wenig aussagekräftigen Notenschnitt aufbaut, abschaffen und den Elternwillen frei geben. Solange werden natürlich die geltenden Übertrittsbedingungen über den Erhalt der wohnortnahen Schulen mitentscheiden.
8. Beginnt der M-Zug nun ab der Jahrgangsstufe 5?	Nein. Die Mittelschule beginnt in den Jahrgangsstufen 5 und 6 mit einer differenzierten (modularen) Förderung im Klassenverband und sichert dabei geeigneten Schülern einen optimalen Übergang in den mit der Jahrgangsstufe 7 beginnenden M-Zug.	Das Kultusministerium tut gut daran, hier den Begriff „Modulare Förderung“ bei „Differenzierung“ zu belassen. Mehr findet in 5 und 6 nicht statt. Damit kann auf die individuelle Entwicklung der Schüler nicht eingegangen werden, eine echte Vorbereitung auf einen möglichen Realschulabschluss wird damit nie gelingen. Es bleibt alles beim Alten.
9. Müssen Mittelschulen/Mittelschulverbände mindestens dreihundert Schüler haben?	Nein. Eine Mindestgröße wird vom Kultusministerium nicht vorgegeben. Entscheidend ist allein ein qualitatives Merkmal, nämlich die Gewährleistung des gesamten Bildungsangebotes der Mittelschule im Verbund.	Eine Mindestgröße ist für eine selbstständige Mittelschule immer dann notwendig, wenn man Schüler in Jahrgänge und Klassen einteilt. Die Mittelschule ist für 6 Schuljahre konzipiert (5-10) und benötigt pro Jahrgangsstufe mindestens 50 Schüler (= 2 Klassen), damit sie im Oberstufenbereich die entsprechende Differenzierung anbieten kann, von freiwilligem Ganztagsangebot ganz zu schweigen. Möglich ist aber auch, dass das Kultusministerium die üblichen fehlgeleiteten Rückläufer aus den Realschulen und Gymnasien als feste Größe mit einrechnet und deshalb auch eine kleinere Einheit für möglich hält. Selbstredend kann es für Schulverbände keine verbindlichen Vorgaben für eine Mindestgröße geben, weil keiner weiß, wie sie wirklich sinnvoll ausgestaltet werden sollen und können.
10. Kann es auch Mittelschulen mit 100 Schülern geben?	Ja, da jede Schule im Verbund die Bezeichnung „Mittelschule“ trägt.	Mittelschulen nach der Vorstellung des Kultusministeriums natürlich nicht! Das ist nun Etikettenschwindel pur. Seriös betrachtet kann nur der Standort, der die mittlere Reife oder wenigstens den mittleren Schulabschluss im Angebot hat, sich Mittelschule nennen. Die Sichtweise und das Entscheidungsverhalten der Eltern wird dies schnell bestätigen. Und nur die Schüler dieses Standorts werden ggf. davon profitieren.
11. Werden Mittelschule und Schulverbände übereilt eingeführt?	Nein, Es gibt keine zwingende Einführung der Mittelschule zu Beginn des Schuljahres 2010/11. Die rechtlichen Voraussetzungen für die	Tatsache ist, dass das Schulsterben schnell voran schreitet und der Zeitkorridor, praktikable Modelle auf den Markt zu bringen, immer kleiner wird. Es muss schnell ein Umsteuern kommen,

	Einführung der Mittelschule ab dem Schuljahr 2010/2011 werden zurzeit geschaffen. Eine Zeitvorgabe für die Einführung der Mittelschule gibt es aber nicht. Die Entscheidung in den Dialogprozess einzutreten und die konkrete Zeitplanung treffen die Verantwortlichen vor Ort.	sonst werden Schülerrückgang und weiter steigende Übertritte die Diskussion über Schulverbünde überflüssig machen.
12. Werden die Schulen bzw. die Gemeinden in einen Schulverbund gezwungen?	Nein. Die Schulverbünde sind freiwillige Kooperationsformen.	Gegenfrage: Ist man bereit, Modelle, die aus den Dialogforen entstehen und nicht in das derzeitige Strukturschema der bayerischen Schullandschaft passen, zuzulassen? Wenn nein, kann man wohl kaum von freiwilligen Kooperationsformen sprechen. Was bleibt den Kommunen anderes übrig, als mitzumachen?
13. Was geschieht mit Hauptschulen, die das Leistungsangebot der Mittelschulen weder allein noch in einem Schulverbund bereitstellen können oder wollen?	Diese Hauptschulen bleiben bestehen, sofern mindestens eine Einzügigkeit gegeben ist. Sie erhalten allerdings nicht die neue Bezeichnung.	Also doch! Es wird künftig vier Schularten geben, weil diese Antwort den Fortbestand einzügiger Hauptschulen garantiert.
14. Wenn die Dialogforen grundsätzlich auf Landkreisebene organisiert sind, können die Schulverbünde dann auch nur innerhalb eines Landkreises (oder eines Regierungsbezirks) gegründet werden?	Sowohl die Dialogforen als auch die Schulverbünde können landkreis- und regierungsbezirksübergreifende Aspekte berücksichtigen. Insbesondere können Schulverbünde bei Bedarf auch über die Landkreis- oder Regierungsbezirksgrenzen hinweg gebildet werden.	Diese Frage ist für ein integratives Schulmodell, wie es die SPD-Landtagsfraktion für die wohnortnahen Schulstandorte vorschlägt, hinfällig.
15. Wie geschieht die Ausgestaltung des Verbundes? Wer legt die Standorte der wesentlichen Einrichtungen bzw. die Verteilung der einzelnen Klassen fest?	Einem eigenverantworteten Schulverbund liegen zwei Vereinbarungen zu Grunde: eine Kooperationsvereinbarung der Schulen und eine kommunale Zweckvereinbarung der Schulaufwandsträger. Die Standorte der wesentlichen Einrichtungen (insbesondere M-Zug und Ganztagszug) werden in den beiden Vereinbarungen von Schulen und Gemeinden gemeinsam bestimmt. Demgegenüber organisiert der Schulleiter mit den verbundbezogenen Aufgaben die Verteilung der einzelnen Klassen auf die Schulstandorte unter Berücksichtigung der Grundsätze der Vereinbarungen.	Dies ist eine entlarvende Antwort. Erstmals spricht das Kultusministerium selbst von Standorten mit „wesentlichen Einrichtungen“, also entweder M-Zug oder Ganztagsangebot. Also ist es gar nicht möglich, dass in einem Schulverbund aus mehreren Standorten, sprich Gemeinden, Schüler, die einen mittleren Schulabschluss anstreben, i.d.R. ab der 7. Klasse an ihrer Heimatgemeinde bleiben können. Sie werden wegdrängen und die verbleibende Klassengröße in einen nicht mehr darstellbaren Größenbereich bringen, der die Schließung mindestens der oberen Klassen zwangsweise nach sich ziehen wird. Das Organisationstalent des Schulleiters wird ausgereizt sein, wenn das Budget für die Lehrerstunden nicht deutlich angehoben wird, um am Standort auch Kleinstklassen zu erhalten. Wo nichts ist, kann man nichts verteilen.

<p>16. Gefährdet die Budgetierung den Bestand der kleinen Hauptschulen?</p>	<p>Nein, im Gegenteil: Im Rahmen der Budgetierung ist es möglich, bei der Klassenbildung von den bisherigen Schülermindestzahlen abzuweichen. Damit besteht die Möglichkeit auch Klassen mit weniger als 15 Schülern zu bilden.</p>	<p>Natürlich gefährdet die Budgetierung den Bestand der kleinen Schulen. Die Budgetierung Lehrer pro Schüler (statt pro Klasse) setzt voraus, dass große Einheiten und kleine Einheiten in etwa ausgeglichen sind. In den letzten Jahren hat sich die Gewichtung aber stark in Richtung kleine Einheiten verschoben, sodass das Gefüge aus dem Gleichgewicht gekommen ist. An diesem Systemfehler ändern auch Schulverbünde nichts.</p>
<p>17. Führen die drei berufsorientierenden Zweige zu einem verstärkten Schülertourismus?</p>	<p>Nein. Die notwendige Differenzierung der drei berufsorientierende Zweige erfasst - wie bisher bei der Hauptschule auch - nur die Jahrgangsstufen 8 und 9 in einem Umfang von jeweils 4 Wochenstunden. Wie bisher können alle Zweige an jedem Standort durch entsprechende Organisation angeboten werden: Mehrzügige Hauptschulen schaffen das immer, aber auch einzügige Hauptschulen können das wie bisher anbieten, wenn sie z.B. jahrgangsstufenübergreifenden Unterricht vorsehen.</p> <p>Ruhpolding und Mamming sind Beispiele einzügiger Hauptschulen, die schon bisher alle drei Wahlpflichtbereiche (künftig Zweige) anbieten und so den Schülern den Verbleib an ihrem Standort ermöglichen. Insoweit ändert sich an den organisatorischen Notwendigkeiten im Vergleich zur gegenwärtigen Situation nichts. Der differenzierte Unterricht im Wahlpflichtbereich „Berufsorientierung“ führt keineswegs zu einem verstärkten „Schülertourismus“.</p> <p>Unbeschadet dessen besteht in den Verbänden die zusätzliche Option, die Bildungsangebote in anderer Weise auf die Schulstandorte zu verteilen, z.B. durch die Einrichtung eines (Berufsorientierungs-)Tages pro Woche an einem bestimmten Standort. Diese zusätzliche Option liegt allein in der Verantwortung der vor Ort Beteiligten.</p>	<p>Nun das ist ja eine erstaunliche Wende! Warum sind dann Schulverbünde notwendig, wenn jetzt plötzlich auch die praktischen Fächer jahrgangsgemischt in der 8. und 9. Klasse möglich sind? Dann können doch einzügige Hauptschulen bestehen bleiben. Die Schüler fahren jetzt schon zu Standorten mit M-Klassen oder einem Ganztagsangebot. Dann könnte das ja so bleiben. Aber womit wertet man also den Schulstandort auf, der keinen M-Zug hat?</p> <p>Wofür bitte ist Mamming ein Modell? Jeder kann sich selbst überzeugen (http://www.vs-mamming.de): Eine einzügige Schule, die keinem Kriterium einer Mittelschule genügt, aber bei Jahrgangsmischung in den praktischen Fächern weiter bestehen kann. Allenfalls Gratulation zur schulinternen Arbeit. Ähnliches gilt auch für Ruhpolding: vorbildliche Schulentwicklungsarbeit! Das kommt natürlich den Schülern zugute. Aber mehr als das übliche Abschlusspektrum (EHS und Quali) wird auch dort nicht angeboten. Alle Schüler, die einen mittleren Schulabschluss wollen, müssen sich eine andere Schule suchen.</p>

	Bei den Ganztagsangeboten und dem M-Zug war auch schon bisher Schülerbeförderung notwendig, da insbesondere kleine einzügige Hauptschulen diese Angebote nicht vorhalten konnten. An dem daraus resultierenden Fahrbedarf ändert sich demnach ebenfalls nichts. Die Schüler mussten in der Vergangenheit fahren und werden es auch in der Zukunft müssen.	Also doch: Der schon bisher notwendige Schülertourismus hin zu Schulen mit M-Zügen und Ganztagsangeboten wird als selbstverständlich angesehen, sodass auch innerhalb der Schulverbünde der verstärkte Transport von Schülern in Kauf genommen wird.
18. Verlieren die Schulen im Verbund ihre Eigenständigkeit? Müssen sich die Schulleiter einer Verbundleitung unterordnen?	Die Schulen innerhalb des Schulverbundes bleiben eigenständig. Gleichzeitig bleibt jeder Schulleiter der am Verbund beteiligten Schulen Leiter seiner Schule, mit seinen bisherigen Aufgaben. Nur einige wenige festgeschriebene verbundsbezogene Aufgaben werden einem dieser Schulleiter für den gesamten Verbund zugewiesen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um die Klassenbildung innerhalb des Verbunds (unter Beachtung der Grundsätze der Kooperationsvereinbarung zwischen den Schulen) und die entsprechende Verteilung der budgetiert zugewiesenen Lehrerstunden. Der Schulleiter mit den verbundsbezogenen Aufgaben wird insbesondere nicht Vorgesetzter der Lehrkräfte der in ihrer Eigenständigkeit nicht berührten anderen Verbundschulen.	Das wird wirklich eine interessante Geschichte. Bisher ist kein Konzept bekannt, wie die zusätzliche Arbeit des Verbundschulleiters im Budget verrechnet wird und ob die Verwaltungskräfte dieser Schulen aufgewertet werden. Oder baut man wieder darauf, dass es schon irgendwer ohne Gegenleistung machen wird? In der Antwort kann man zwischen den Zeilen schon lesen, dass die zusätzliche Arbeit sich ja ohnehin auf wenige Tätigkeiten (Klassenbildung, Verteilung der Budgetstunden) reduziert und das wohl zum Kerngeschäft eines Schulleiters gezählt werden. Es wird interessant zu beobachten, wie Schulleiter kleinerer Standorte freiwillig ihre Klassen und damit einen Teil ihrer Zuständigkeit aufgeben und sich den größeren Einheiten unterordnen werden. Es ist zu erwarten, dass die Gemeinden eher ihre Schulstandorte verteidigen werden, als der Nachbargemeinde freiwillig Vorteile zu überlassen. Die Dialogforen werden hier wenig Ergebnisse bringen. Interessant wird sein, wie in den Dialogforen die Entscheidungen, Standorte zu schließen, gefunden werden.

Was bleibt sind viele offene Fragen wie „Entfaltet die Mittelschule den gewünschten Lenkungseffekt, sodass mehr Schüler diese Schulart bewusst wählen, auch wenn sie zu Gymnasium oder Realschule wechseln können?“ oder „Wie soll der mittlere Bildungsabschluss auf dem Niveau von Wirtschafts- und Realschulen aussehen und wie steht er im Verhältnis zum mittleren Schulabschluss nach gegenwärtigem Zuschnitt?“ oder „Wird die Zusammengestellt von Martin Güll, MdL
Stand: 27. Oktober 2009

Mittelschule so budgetiert, also mit zusätzlichen Lehrerstunden ausgestattet, dass die angekündigte individuelle/modulare Förderung der Schüler im Klassenverband mehr sein kann als eine innere Differenzierung?“ und schließlich „Wird es bei den einzelnen Standorten in den Schulverbänden Gewinner und Verlierer geben?“